

Blickpunkt Brensbach

SPD

August 2017
SPD Brensbach

Einladung zum SPD Sommerfest am 20. August 2017

Die Brensbacher Sozialdemokraten laden die Bevölkerung herzlich ein, zu ihrem Sommerfest am Sonntag, den 20. August 2017, ab 10 Uhr, im Pausenhof der Lindenhofschule.



Würstchen und Steaks vom Grill

Leckere Salate sowie Kaffee und Kuchen

Musikalische Untermalung

„Spritz- und Zisch-Bar“

Gute Gespräche und Zeit zum Austausch

SPD-Fraktion beantragt Schaffung von Bauplätzen

Familien, die sich dauerhaft in Brensbach niederlassen wollen, suchen verstärkt nach Bauplätzen, um Wohneigentum zu schaffen. Um dieser Nachfrage gerecht zu werden, beantragt die SPD-Fraktion ein Baugebiet auszuweisen.

Die Gemeinde kann aktuell keine Bauplätze anbieten und vermittelt daher Anfragen an Besitzer bebaubarer Grundstücke. Doch der Bedarf kann damit nicht gedeckt werden. Um der Nachfrage gerecht zu werden hat die SPD-Fraktion daher einen Antrag zur Erstellung einer Bauleitplanung für die Schaffung von Bauplätzen in die Gemeindevertretung eingebracht.

Kann Brensbach zukünftig keine Bauplätze anbieten, ziehen Bauwillige weg und für zuzugswillige Familien verliert Brensbach an Attraktivität, obwohl unsere Gemeinde über eine gute Infrastruktur mit Anbindung an den Ballungs- und Wirtschaftsraum Rhein-Main verfügt.

Um die Qualität der Daseinsfürsorge (Kitas, Grundschulen, Jugendpflege, etc.) zu erhalten, ist es wichtig die Einwohnerzahl zu stabilisieren bzw. im Rahmen der Vorgaben des Flächennutzungs-

plans (FNP) gegebenenfalls auch zu erhöhen.

Denn auf je mehr Schultern sich die Aufwendungen für unsere sozialen Errungenschaften verteilen, desto vorteilhafter wirkt sich das auf die Lebensqualität aller Generationen aus.

In letzter Zeit zeichnet sich allgemein eine verstärkte Nachfrage nach Bauplätzen im ländlichen Raum ab. Die derzeitige Wohnungsnot und die explodierenden Mietpreise in den Städten und Gemeinden des Rhein-Main Ballungsraumes sind sicher ein verstärkendes Element, dass sich Menschen zur Familiengründung in Brensbach dauerhaft ansiedeln wollen. Diesen Trend darf Brensbach keinesfalls verschlafen, denn nur durch aktives Gestalten können wir die Attraktivität unserer Gemeinde in der Konkurrenz zu anderen erhalten.

Es ist schon immer eines der Ziele der SPD gewesen, gute Mög-

lichkeiten zur Ansiedlung von Bauwilligen zu schaffen und die logische Folge unserer Anstrengungen der letzten Jahre, mit einer klugen und sparsamen Haushaltsführung eine, jetzt spürbare, finanzielle Entspannung und Entlastung herbei zu führen. Aus dieser Verantwortung heraus resultiert auch die derzeitige positive Entwicklung der gemeindlichen Haushaltslage.

Die Erschließung eines Baugebietes soll nur innerhalb des derzeitigen Flächennutzungsplans erfolgen. Mit der Ausweisung von neuen Bauplätzen soll aber keineswegs der Ortsinnenbereich in den Leerstand geplant werden.

Es ist daher geboten, begleitend zur Entwicklung des Bebauungsplanes, eine Planung zum Ortsinnenbereich durchzuführen, um eine Balance zwischen beiden Bereichen herzustellen.

SPD setzt Internetzugang für den Brensbacher Jugendraum durch

Die Brensbacher Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause einstimmig den Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, den Jugendtreff Brensbach „Shadow Side“ mit einem Internetanschluss und entsprechender Hardware auszustatten.

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Brensbacher Gemeindevertretung beschlossen, den Jugendtreff Brensbach „Shadow Side“ mit einem Internetanschluss und entsprechender Hardware auszustatten.

Im Vorfeld nutzten Vertreter des SPD-Ortsvereins einen Tag der Offenen Tür im Brensbacher Ju-

gendraum, um mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Mit ihrem Antrag entsprach die Brensbacher SPD dem Wunsch der jungen Besucher und des ehrenamtlichen Betreuer-Teams nach der Vernetzung des Jugendraums.

Auch der neue Jugendpfleger wird bei seiner Arbeit sicherlich von der Vernetzung des Jugend-

raums profitieren.

An dieser Stelle wünscht der SPD-Ortsverein dem neuen Jugendpfleger der Gemeinde Brensbach schon jetzt einen guten Start.

SPD sorgt für barrierefreies Brensbach

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Beseitigung von Barrieren im baulichen Bereich wurde von Brensbacher Gemeindevertretung einstimmig beschlossen.

Barrieren hindern, grenzen ab und hemmen ein gleichberechtigtes Miteinander. Neben der Teilhabe ist der Sicherheitsaspekt von großer Bedeutung. Bauliche und sonstige Barrieren können im Straßenverkehr zur Gefährdung von Bürgerinnen und Bürger führen. Von einem barrierefreien Raum profitieren nicht nur Menschen mit Handicap sondern auch ältere Mitbürger, Schulkinder, Eltern mit Kinderwagen und kleinere Kinder.

Mit ihrem Antrag wollen die Brensbacher Sozialdemokraten den Abbau von baulichen Barrie-

ren nachhaltig vorantreiben. Dazu hat die Gemeindevertretung einen Drei-Punkte-Plan beschlossen.

Am Anfang wird eine Bestandsaufnahme von Problembereichen stehen. Unter der Federführung des Gemeindevorstands werden die am Leitbild aktiven Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Der Antrag passt in das Handlungsfeld „Behinderung von Behinderten“. Hier erfolgt die Bestandsaufnahme mit kompetenten Partnern wie dem VdK, der AWO sowie betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

In der zweiten Phase soll der konkrete Bedarf festgestellt und in Ortsbeiräten, der Gemeindevertretung und mit der Leitbildgruppe beraten werden.

In einer dritten Phase werden Empfehlungen für kurz-, mittel- und langfristige Umsetzungsmaßnahmen erarbeiten.

Die Brensbacher Sozialdemokraten sehen hierin einen wichtigen Beitrag um die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben in unserer Gemeinde zu ermöglichen.

SPD mahnt respektvollen und konstruktiven Umgang an

Standpunkt – ein Leitartikel von Christian Senker, Ortsvereinsvorsitzender der Brensbacher SPD.

Die Brensbacher SPD sieht sich erneut gezwungen den aktuellen Politikstil von CDU und UWG zu kritisieren. Zunächst zeigte die Gemeindevertretersitzung am 29. Juni 2017, dass eine konstruktive Zusammenarbeit möglich ist. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung Karlheinz Fornof (CDU) bezeichnete den Sitzungsverlauf auch als harmonisch. Die Tagesordnungspunkte wurden sachlich diskutiert und Beschlüsse einstimmig gefasst. Fragen aus den einzelnen Fraktionen wurden von Bürgermeister Müller umfassend beantwortet – auch die des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Volz.

Doch kurz nach der Sitzung postete die Brensbacher CDU auf Facebook eine Stellungnahme zur Sitzung mit dem Titel „Nervosität in der Fraktion der SPD“. Darin zeichnet die CDU bewusst ein völlig anderes Bild der Sitzung und

unterstellt, dass der SPD-Antrag zur Bauleitplanung parteipolitisch instrumentalisieren würde. Weiter unterstellt die CDU dem Bürgermeister Untätigkeit: „Viele Fragen aus der CDU-Fraktion und wenig befriedigende, aber wortreiche Antworten. Trotz Erhöhung der Essenskosten für Ganztags-Kita- bzw. Schulkinder werden keine Alternativen gesucht.“ Diese Darstellungen sind falsch und in Bezug auf die Essenskosten schlichtweg gelogen.

Bürgermeister Müller antwortete ausführlich und verständlich auf die entsprechende Anfrage von Herrn Dr. Volz. Nach der Beantwortung von Detailfragen war man sich fraktionsübergreifend einig, dass die Essensqualität zum Wohle der Kinder unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine höhere Priorität vor dem Preis hat. Gemäß Facebook forderte die

CDU ferner die Benennung eines konkreten Datums für die erste Vorlage des Haushaltsentwurfs 2018. Bürgermeister Müller erläuterte zum wiederholten Male, dass dies erst möglich wird, wenn im Herbst konkrete Angaben vom Land Hessen und dem Odenwaldkreis über Schlüsselzuweisungen sowie Erkenntnisse zum Gewerbesteueraufkommen vorliegen.

Aus unserer Sicht zeugt die Berichterstattung der CDU via Facebook von politischer Hilflosigkeit und schlechtem Politikstil. Die Verbreitung von Unwahrheiten können und dürfen weder wir als SPD, noch die Gemeindevertretung und erst recht nicht unsere Bürgerinnen und Bürger gutheißen.

Die Brensbacher SPD wird hierzu eine öffentliche Aussprache innerhalb der Gemeindevertretung einfordern.

Besser für den Odenwaldkreis: Am 24. September beide Stimmen für die SPD

Am 24. September entscheiden wir über die Zukunft unseres Landes. Die SPD stellt in ihrem Wahlprogramm sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt.

Im Wahlkreis Odenwald kandidiert erneut Dr. Jens Zimmermann. Seit vier Jahren vertritt der gebürtige Groß-Umstädter unseren Wahlkreis im Deutschen Bundestag. Zimmermann hat es als unser Bundestagsabgeordneter geschafft, einen kurzen Draht nach Berlin herzustellen. Regelmäßige Bürgersprechstunden vor Ort gehören zu seiner Arbeit.

Er hört zu und will immer wissen, was den Menschen wichtig ist. Sein Bürgerbüro in Erbach hat nun bereits im dritten Jahr für Bürgerinnen und Bürger geöffnet. „Ich will mich weiter für den Odenwaldkreis einsetzen und bitte am 24. September 2017 um Ihre Stimme“, wirbt Zimmermann um die Unterstützung der Wählerinnen und Wähler.

„Für den Odenwaldkreis ist es wichtig, dass in die öffentliche Infrastruktur investiert wird – in Schulen und in den öffentlichen Personennahverkehr und Straßenbau. Denn das sind Grundlagen für einen guten Standort.“

Zimmermann war vier Jahre Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss Digitale Agenda. „Für mich ist eine solide Finanzpolitik wichtig, wir müssen aber auch fit werden für die Zukunft. Die Digitalisierung ist eine riesige Chance für unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Deshalb will ich mit Betriebsräten und Unternehmen den engen Dialog der letzten Jahre fortsetzen. Im Odenwald stehe ich in sehr engem Austausch mit den Gewerkschaften.“

Mein Ziel ist weiterhin: Vor Ort ansprechbar zu sein und kluge Entscheidungen zu treffen. Aus Überzeugung mach ich mich stark für einen lebens- und liebenswerten Odenwald.

Im SPD-Wahlprogramm sind unsere besten Ideen für unsere Zukunft aufgeschrieben. Als Sozialdemokraten wollen wir den sozialen Zusammenhalt in unserem Land arbeiten. **Wir wollen deshalb eine gebührenfreie Bildung, denn das ist eine Frage der Gerechtigkeit.**

Gute Bildung schafft Chancen im Leben. Sie muss allen gleichermaßen offenstehen und darf nicht von Einkommen oder Herkunft abhängen - von der Kita bis zur Hochschule und Meisterausbildung. Wir wollen die besten Schulen und werden in die Modernisierung investieren, damit unsere Schulen überall im 21. Jahrhundert ankommen.

Wir wollen faire Steuern. Denn gerecht sind Entlastung kleinerer und normaler Einkommen und einer höheren Beteiligung der Top-Verdiener. Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkasse soll wieder zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber erfolgen und kleine Einkommen bis 1.300 Euro bei den Sozialabgaben entlastet werden.

Reiche wollen wir wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen durch einen höheren Spitzensteuersatz, eine Reichensteuer ab 250.000 Euro Jahreseinkommen

Gerecht ist für uns auch Sicherheit für alle zu garantieren und Sorgen zu nehmen. Dafür brauchen wir einen starken, handlungsfähigen Staat.

Sicherheit bedeutet aber auch, einen sicheren Arbeitsplatz mit einem fairen Lohn zu haben. Die sachgrundlose Befristung schaffen wir ab und bekämpfen den Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit. Mit dem neuen „Arbeitslosengeld Q“ – Q für Qualifizierung – verhindern wir durch einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes ein schnelles Abrutschen nach dem Verlust eines Arbeitsplatzes.

Sicherheit bedeutet, auf eine gute Rente im Alter vertrauen zu können. Wir werden dafür sorgen, dass die Renten nicht weiter sinken, die Beiträge stabil bleiben und eine Solidarrente einführen. Eine „Rente mit 70“ wird es mit der SPD nicht geben.

Sicherheit bedeutet auch eine Stärkung unserer Polizei. Um Kriminalität konsequent zu bekämpfen, wollen wir 15.000 neue Stellen schaffen.“